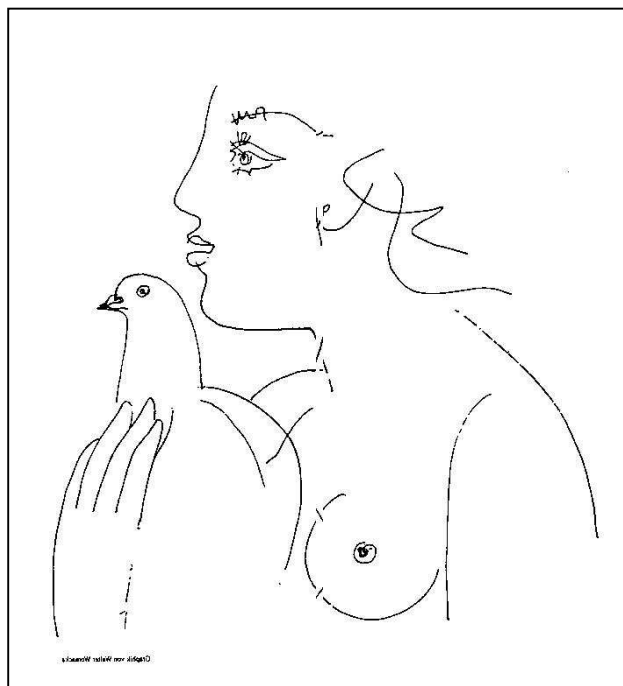


Nr. 170



## **Austeritätspolitik – eine neoliberale Wirtschaftsstrategie**

*Was ist ihr Anspruch und welches sind ihre Ergebnisse –  
insbesondere im Falle Griechenlands?*

von

**Dr. Walter Siegert**

*Redaktionsschluss: 10. Juni 2015*

In der Politik sind Täuschung und Lüge probate Mittel der Machterhaltung. So sind auch die Erklärungen der Ursachen der seit 2010 dauernden Staatsschulden- und Eurokrise meist nur vordergründige Beschreibungen der Erscheinungen. Die tatsächlichen Verursacher bleiben im Hintergrund.

Ganz handfest wird das im Fall *Griechenland*. Das hört sich dann so an:

Als die >Staatspleite< 2010 begann, wurde offiziell heftig bestritten, dass die griechische Regierung mit Hilfe von Goldman Sachs 1999 ihre wahren Staatsschulden >mit Tricks< verschleierte hätte, um in den Kreis der Euro-Länder aufgenommen zu werden. 2013 sagte aber Frau Merkel in einer Wahlkampfrede in Rendsburg „...man hätte Griechenland gar nicht aufnehmen dürfen...“ Darauf erwiderte der griechische Finanzminister Nikos Christodoulakis in einem offenen Brief an die Zeitschrift >To Vima< „Schämen Sie sich Frau Merkel!“. In diesem Brief gibt er aber auch zu, dass die griechische Regierung – um das Defizitkriterium max. 3% des BIP zu erfüllen – die hohen Militärausgaben (damals über 4% des BIP ...heute immer noch 2.3%) „herausgerechnet“ hat und damit auf nur 1.6 % Staatsverschuldung bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) kam. Und er sagt weiter, solche Tricks hätten „auch andere“ angewandt. (SPIEGEL-ONLINE-WIRTSCHAFT) *So geht es also zu, in der Politischen Klasse der Eurozone! Politische Entscheidungen und Aussagen nach Bedarfslage!*

***Nun zum eigentlichen Thema:***

Im Wortsinn des lat. **Austeritis** ...für Strenge, Herbheit ... finden wir die Erklärung für den *Begriff Austeritätspolitik*... der in der Eurozone eine >strenge Politik des Sparens und des Verzichts beinhaltet<, die man von verschuldeten Ländern fordert – wenn sie Kredithilfen erhalten.

Eine solche Austeritätspolitik – mit entsprechenden Ultimaten ist nicht neu. Seit jeher hat der Internationale Währungsfonds (IWF) Kredithilfen für verschuldete Länder mit zwingenden Spardiktaten verbunden und auf diese Weise auch auf deren

Politik Einfluss genommen. Als Beispiel können dafür auch *lateinamerikanische Länder wie Argentinien, Venezuela, Ecuador etc.* gelten, wo nach dem blutigen Putsch in Chile 1973 auch das neoliberales Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell exekutiert wurde, was in den 1990er Jahren zu katastrophaler Staatsverschuldung und sozialen Abstieg führte. (zit. aus Dieter Boris, Bolivars Erben, Linksregierungen in Lateinamerika, PapyRossa Verlag Köln 2014)

In der Eurozone ist Austeritätspolitik seit den drohenden Staatspleiten hochverschuldeter Mitgliedsländer, wie Irland, Lettland, Portugal, Spanien, Griechenland, Zypern zum probaten Mittel der „Sanierung“ geworden, konzipiert und realisiert durch die sog. TROIKA aus EZB, IWF und EU. Die Europäische Zentralbank (EZB), der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Kommission (EU) haben jeweils Expertenteams gebildet, die in länderorientierten >taskforces< Forderungen, das heißt Reform- und Sanierungsvorschläge für den Staatshaushalt, die Besteuerung, die Sozial- und Rentensysteme, den Arbeitsmarkt usw. konzipieren, die – so heißt es offiziell – darauf abzielen, die Verschuldung zu reduzieren und die Staatsfinanzen zu konsolidieren.

*Damit wird von außen in die Politik dieser Länder, in Budgetentscheidungen der nationalen Parlamente massiv durch Beamte der Troika eingegriffen.* In der Regel sind zuerst Sozialleistungen, Renten, Bildung, Kultur im Fokus, d.h. das Leben der Mehrheit der Bürger ist in vielfältiger Weise nachteilig betroffen. Das lässt sich vor allem an Griechenland demonstrieren. Selbstbestimmung und Menschenrechte der Bürger – sonst immerzu als unantastbar gepriesen – Europäische Union eine Solidargemeinschaft ...im Notfall, ist das alles vergessen!

*Bei alledem hat die BRD, als größtes und auch reichstes Land der Eurozone, eine deutliche Meinungsführerschaft.* Wenn es um die Modalitäten geht, um Bedingungen des Vorgehens oder gar um Kompromisse, tun sich die Regierenden der BRD durch „beispielgebende Konsequenz“ und Härte hervor.

Der Hintergrund dieser Position waren und sind im Wesentlichen zwei Gesichtspunkte: Die Bundeskanzlerin will die Haftungsrisiken für die BRD im Fall von Krediten aus dem europäischen Stabilitätsmechanismus möglichst klein halten und sie will natürlich auch die Risiken bei Kreditausfällen für deutsche Banken und andere Geldgeber minimieren – das ist sie ihrer Klientel schuldig. Deshalb gibt es vor allem Widerstand gegen *Schuldenschnitte* (Streichung eines Teils der Schulden), was z.B. im Falle Griechenlands aus mehreren Gründen (z.B. der Tatsache, dass sie auch durch Rüstungsgeschäfte mit der BRD entstanden sind) richtig und hilfreich für die Sanierung der Budgets und den sozialen Frieden wäre.

In der internationalen Wertung hat dieses Agieren der Bundeskanzlerin und ihrem Finanzminister viel Kritik eingebracht. Es ist die Rede von **>Austeritäts Fundamentalismus<**, **>neoliberalem Diktat<** und **„einer deutschen Eurozone“**. Ohne im Einzelnen zu werten, was da angemessen ist und was aus überkommenen Ressentiments gespeist wird – auf jeden Fall kann es nicht wundern, dass die Erinnerungen an die Verbrechen Deutschlands im 2. Weltkrieg und ihre verheerenden Folgen für die Völker Europas– insbesondere auch in Griechenland wieder wach werden. Was da von Politikern und Journalisten alles in die Welt posaunt wird, sind keine Signale für ein Deutschland, das aus der Geschichte gelernt hat!

*Manolis Glezos* heute 92 Jahre alt und Mitglied der griechischen Linkspartei SYRIZA >der griechische Nationalheld, der 1941 die Hakenkreuzfahne von der Akropolis gerissen hat< sagt in einem Interview der >TAZ< am 8. Mai 2015 auf die Frage des Reporters >Die Bundesregierung steht auf dem Standpunkt, die Frage der Reparationen sei „rechtlich und politisch abgeschlossen“: Dann soll mir Herr Schäuble doch bitte eine Antwort auf eine einfache Frage geben. Wann wurden die Reparationsansprüche abgegolten und wie? Italien hat seine gesamten aus dem Krieg resultierenden Reparationsverpflichtungen gegenüber Griechenland erfüllt. Bulgarien auch. Und Deutschland?

Hier geht es nicht in erster Linie ums Geld, *sondern einfach um Gerechtigkeit*. Und was mir auch wichtig ist: Was Deutschland bis heute Griechenland schuldet, sollte es nicht von der deutschen Bevölkerung nehmen, sondern von den Konzernen, die mit dem NS-Regime zusammengearbeitet und im Laufe des Krieges viel Profite gemacht haben. Vor 20 Jahren veröffentlichte ich einen Gastbeitrag in der >ZEIT<. Er trug die Überschrift: 'Ein Unrecht muss gesühnt werden'. Dort schrieb ich, dass ein vereinigtes Europa auf Freundschaft und Vertrauen aufgebaut sein muss was nur durch Überwindung offener Probleme aus der gemeinsamen Geschichte erreicht werden kann. Das gilt immer noch." (TAZ Die Tageszeitung, 8. Mai 2015, S.9)

Von den Karlsruher Bundesrichtern kam dazu ein klares: Nein! Dagegen sagt Gregor Gysi, dass auf Grund der Zwangsanleihe aus dem Jahre 1942 ein Anspruch Griechenlands auf Schuldenausgleich besteht, der etwa 8 bis 11 Mrd. Euro beträgt. (SPIEGEL-Online) Aber es bleibt bei der Ablehnung: Weder Bundestag noch Regierung haben sich zu einem solchen Schritt der Wiedergutmachung - der 8. Mai 2015 wäre ein guter Zeitpunkt gewesen - entschließen können!

Und es sei angemerkt, dass Manolis Glezos mit seinem Standpunkt auch völlig in Übereinstimmung ist, mit dem, was die Europäische Union nach den Worten ihrer Spitzenpolitiker sein will und erreichen möchte. >Die EU ist ein einzigartiges Projekt, das Krieg durch Frieden und Hass durch Solidarität ersetzt hat<, sagte 2012 der Präsident des Europaparlaments Martin Schulz.

Und wer hindert die EU daran, solidarisch zu sein? Das kann doch nur daran liegen, dass andere Interessen dem widersprechen.

### *Wie und wodurch ist die TROIKA legitimiert?*

Ein Fernsehfilm der ARD mit dem Titel >Macht ohne Kontrolle< hat kürzlich das Regime der TROIKA und die Art und Weise des Zustandekommens der Maßnahmen im Beamtenapparat des IWF, der EZB und der EU anhand von Aussagen der >Macher< offen gelegt. (FREITAG 26.02.15)

Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Joseph Vogl von der Humboldt Universität Berlin sagt in Bezug auf Frau Lagarde vom IWF bzw. Mario Draghi von der EZB „Sie repräsentieren Institutionen, die man **transnationale Exekutive** nennen muss. **Diese Form von Regierungsmacht ist durch demokratische Verfahren nicht legitimiert.** ...Ominös ist die Troika weil sie im Grunde nichts als ein informeller Zirkel ist, weil sie in Griechenland unmittelbar Regierungsmacht ausübt, weil sie eines der wichtigsten Souveränitätsrechte moderner Staaten, das Budgetrecht, kassiert und weil **sie** ausschließlich Gläubigerinteressen vertritt. Die Regung von Volkssouveränität wie bei den letzten Wahlen in Griechenland ist dabei zur Bagatelle verkommen.“ (Gespräch mit Joseph Vogl >Eine Art vierter Gewalt< FREITAG 5.03.2015)

Diese Einschätzung bedarf keines Kommentars. Jedoch in den >Mainstream< Blättern hütet man sich vor solcher Deutlichkeit.

*Aber warum kommt es denn zu solcher Verschuldung der öffentlichen Haushalte - eigentlich wäre es doch vernünftig, wenn man mit dem Geld auskommt, was eingenommen wird! Nein, das Schuldenmachen des Staates ist ein gutes Geschäft und die Versuchung der Politik ist groß!*

In der BRD sind seit 1962 Staatsschulden durch Haushaltsdefizite entstanden. 2014 war der Schuldenberg auf 2.155 Mrd. Euro angewachsen. Das entspricht 74,8 % des Bruttoinlandsprodukts der BRD - also betragen die Schulden etwa dreiviertel der volkswirtschaftlichen Jahresleistung des Landes. Diese Staatsschulden der BRD sind zu 40% Auslandsschulden und zu 60% Kredite inländischer Geldgeber - zu zwei Drittel Banken, zu einem Drittel Nichtbanken, Versicherungen, Unternehmen, Privatpersonen. (Quelle Internet).

Das Streben nach ausgeglichenen Budgets und die Vermeidung von Schulden als Grundlage der Finanzierung der Staatsausgaben hat in der BRD seit der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt in den 1970er Jahren zwar immer eine Rolle gespielt. Gelungen ist das zu keiner Zeit. Dafür gibt es drei Ursachenkomplexe, die

auch generell für andere EU Länder zutreffen: Die Steuern fließen *je nach Konjunkturlage schwankend und die Steuerflucht* – vor allem der großen Unternehmen in die Steueroasen wie Luxemburg, Schweiz usw. – nimmt zu. Die Körperschaftssteuer – also die Steuer der großen Unternehmen – sinkt seit Jahren und beträgt nur noch 4 % des Gesamtsteueraufkommens. Und zweitens Subventionen aller Art für die Wirtschaft – von den Lobbyisten gesteuert, gehören zur Machterhaltung. Und drittens die hohen Sozialausgaben – Ausdruck der prekären Beschäftigungsverhältnisse, der Arbeitslosigkeit usw.

Die Kapitalmarkt und Banken bieten dem Staat jederzeit ihre Dienste an. Mit Blick auf die nächste Wahl wird forscher mehr ausgegeben, als man einnimmt! Interessant ist dabei, dass für das Schuldenmachen – wie z.B. gerade beim Berliner Großflughafen – niemand aus Regierung oder Parlament zur Verantwortung gezogen wird. Alles ist oder wird absegnet!

### *Neoliberale Theorien als Glaubensgrundlage der Budgetpolitik der BRD...*

Eine Rolle spielt bei alledem auch der Einfluss von Konjunkturtheorien. Das ist seit den 1970er Jahren der *Monetarismus* (Milton Friedman) als Teil der neoliberalen Wirtschaftspolitik in Europa (Vorreiter Margret Thatcher), der in der Deutschen Bundesbank bis heute fest verwurzelt ist. Es wird gesagt, dass dies der seit den 1970er Jahren praktizierten Politik der Deutschen Bundesbank gut getan hat, obwohl z. T. hohe Inflationsraten wie 1975 6.0 %, 1981 6.3 % auftraten und die Arbeitslosenquote von 1975 ständig angestiegen ist bis auf 10 % im Jahr 1990 – Also wohl kein Erfolgsrezept!

Eigentlich sollte die *monetaristische Finanzpolitik* eine stringente „Geldmengenteuerung“ gewährleisten, die sich an einer niedrigen Inflationsrate von 1.5 - 2% orientiert und eine niedrige Quote der Arbeitslosigkeit von 2 - 3 % gewährleistet. Aber gleich wie – der Glaube an die Heilungskräfte der systemimmanenten Krisen mit allen ihren schlimmen sozialen Folgen ist geblieben.

So ist es bis heute das Credo von Jens Weidmann, dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank und ehemaligen Berater der Kanzlerin. Der EZB Präsident Draghi folgt dem nicht und hat dabei den Zuspruch aller anderen EZB Direktoren und Länderbankchefs. Er pumpt gerade wieder eine Billion EURO in die Wirtschaft, um die Konjunktur endlich in Schwung zu bringen; denn er hatte vor zweieinhalb Jahren versprochen den EURO „mit allen erforderlichen Mitteln zu verteidigen“, also wieder Wachstum zu schaffen. (Draghis Drama, DER SPIEGEL, 51/2014, S. 14) Leider hat dies nur mäßiges Wirtschaftswachstum gebracht. Aber die zugleich praktizierte Niedrigzins-politik hat den Aktienmarkt ordentlich angeheizt!

Bei den **Verträgen von Maastricht** wurden insbesondere auf Drängen von Finanzminister Theo Waigel die Möglichkeiten der Verschuldung der Mitglieder limitiert - Obergrenze Staatsverschuldung 60 % des BIP. Das war richtig, aber auch das blieb ein Wunsch. Die BRD hat die Schuldengrenze - 60 % des BIP - 2004 überschritten und liegt zurzeit bei einer Schuldenquote von 78% des BIP. Die beim Bundeshaushalt 2015 erreichte *>schwarze Null<* ist vor allem durch mehr Steuereinnahmen und weniger Schuldzinsen möglich geworden. Sie steht aber auf schwachen Füßen - weil sie auch durch Sparmaßnahmen in Bildungs-, Sozial- und Kultureinrichtungen, bei der Straßen- und Brückeninstandsetzung und sogar durch die Ausdünnung der Polizeikräfte der Länder erkaufte ist. Die Bundeswehr-aufrüstung, ihre wachsenden Auslandseinsätze, die Lohnforderungen und Streiks im öffentlichen Dienst, die steigenden Flüchtlingsströme - Folge der Kriege und sog. Revolutionen für Freiheit und Menschenrechte- werden viel Geld kosten!

***Wenden wir uns wieder der Haushaltsmisere Griechenlands zu: Warum sind - trotz der zahlreichen Experten in der EZB, im Kreis der Finanzminister der Eurozone, der Analysten des IWF, des EUROSTAT usw. - die Staatsfinanzen in Griechenland so aus dem Ruder gelaufen und warum haben alle Beschlüsse, Programme, Kreditspritzen, die sich die sog. TROI-***



## **KA aus EU, EZB und IWF ausgedacht haben, keine Stabilisierung Griechenlands erreicht?**

Auf diese Frage ist in der Öffentlichkeit bis heute mit allen möglichen Erklärungen geantwortet worden, die in der Regel besagen – wir haben doch alles richtig gemacht – aber das Missmanagement Griechenlands geht einfach weiter!

Eine **kurze wahre Antwort** könnte so lauten: Es war der Wunsch der damaligen griechischen Regierung Konstantin Simitos (PASOK) in den Kreis der EURO-Länder aufgenommen zu werden und das war ganz im Sinne der gewollten Vergrößerung des Euroraumes – immer mehr Macht für den Euro.

Und dass Griechenlands konservative Regierungen dann weiter locker mit dem Geld umgingen und immer mehr Kredite aufnahmen, war und ist doch ganz im Sinne der Banken und ihres Kreditgeschäfts! Allein bei deutschen Banken wuchsen die Kreditschulden Griechenlands von 8,6 Mrd. US \$ 1998 auf 43.3 Mrd. US \$ 2009 ...also auf das Fünffache! ( Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, WD 4-3000-053/10)

Dass Griechenland beim Ausweis seines Haushaltsdefizits >getrickst< hat haben wir oben schon erwähnt. EUROS-TAT(Statistikbehörde der EU) hat das bei *späterer* Nachprüfung der Zahlen 2004 bemerkt, so sagt man! Der griechische Finanzminister Nikos Christodoulakis hat in dem o.g. Interview die Frage, ob absichtlich 1990 von den Oberen „weggesehen wurde“ mit einer Fabel von Äsop beantwortet, die zum Nachdenken anregt: „Da isst der Löwe zu viele Schlangen, der Elefant trampelt alles nieder, doch am Ende soll die kleine Ameise an allem schuld sein, weil sie auf der Suche nach Nahrung einen Zaun überquert hat.“ (SPIEGEL ONLINE 2010). Das Bild passt doch ganz gut zu den realen Verhältnissen!

*Versuchen wir, zu diesem Thema noch einige Gesichtspunkte zusammenzutragen:*

Wenn man Standpunkte maßgeblicher Wirtschaftsforscher liest, dann erfährt man, dass die Politik der EZB und damit die Leitlinien in der Eurozone elementare Defekte haben. Prof. Heiner

Flaßbeck, bis 1999 beamteter Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, von 2003 bis 2012 bei der UNCTAD in Genf als Leiter der Abteilung für Globalisierung und Entwicklungsstrategien, sieht in der *monetaristischen Ausrichtung der Europäischen Zentralbank* – also den beschränkten Blick auf die Inflationsrate als Indikator ausgeglichener Entwicklung – eine Grundschwäche des politischen Handelns. *Daten wie Budget, Lohnentwicklung, Wettbewerbsfähigkeit sind viel wichtiger, so Flaßbeck (zit. bei Flassbeck oeconomics)*

In einer anderen Analyse finden wir: „Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 wurden die Regierungen *weltweit gedrängt, Schulden zu machen*, um der Rezession entgegenzuwirken. Die Summen konnten nicht groß genug sein. Dabei waren die Folgen klar: Eine dramatische Verschuldung der öffentlichen Haushalte!“ (Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg). Diesen Weg ging auch Griechenland bis zur Staatspleite 2010.

Da die griechische Regierung 2010 wegen der für sie unbezahlbaren Zinssätze auf dem Kapitalmarkt keine Kredite mehr bekam (die Ratingagenturen hatten Griechenland mit höchstem Risiko eingestuft), haben IWF, Europäische Zentralbank und Euroländer mit Krediten von 110 Mrd. Euro geholfen. Doch schon 2012 benötigte Hellas weitere Kredite, um seine Gläubiger, wie Banken, Versicherungen und Investmarktfonds zu bedienen. (zit. a. a. O. LPB Baden Württemberg). Jedoch blieben die flankierenden Konzepte und Auflagen der genannten Kreditgeber in ihrer Umsetzung durch die griechische Regierung immer ungewiss. Die Schaffung funktionsfähiger Steuerbehörden und -erhebung kam nicht voran. Die Unterbindung der Steuerflucht, der Korruption, des Schmuggels usw. trafen auf viel Widerstand. Die Reichen brachten ihre Kontenbestände über die Grenze. Die seit langem in Griechenlands Bourgeoisie üblichen >schlechten Sitten < ließen sich nicht so schnell ändern und die sie ändern sollten, waren selbst diejenigen die am meisten davon profitierten. Und so blieben die Staatsschulden Griechenlands von 2012 mit 304.7 Mrd. Euro bis 2014 mit 317.0 Mrd.

Euro weiter auf unbeherrschbarem Niveau. (zit. aus Haushaltssteuerung.de).

In den Ländern, die seit 2010 mit Spardiktaten und >Strukturreform< Auflagen belegt wurden – Irland, Portugal, Italien, Spanien, Griechenland...- sind die **Staatsschulden überall immer weiter gewachsen.**

#### Staatsschuldenquote/BIP /

	2010	2015
Irland	87.4	111.7
Portugal	94.0	128.7
Italien	119.3	136.4
Spanien	61.7	101.1
Griechenland	148.3	171.0

Es wurden alte Kredite durch neue Kredite abgelöst, ohne eine wirkliche Sanierung der Staatsfinanzen zu erreichen. Die Wirtschaftskraft ist kaum gewachsen. Andererseits waren die Auflagen und Eingriffe in die Sozialsysteme, die Privatisierung von Staatsvermögen usw. für die Bevölkerung und die Infrastruktur einschneidend. Die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen Leuten ist eine soziale Katastrophe. Die Vorstellung in kurzer Zeit in langer Entwicklung gewachsene staatliche Strukturen, Sozialstandards, wie Rentenalter usw. >auf Kommando von außen< zu verändern, ist illusionär.

So kam es infolge der TROIKA Aktivitäten in Spanien, Italien, Portugal und vor allem Griechenland zu **Massenprotesten** jeder Art und die etablierten Parteien verloren ihre Wähler an linke und auch an rechte Parteien. Das Ergebnis in Griechenland war der Wahlsieg der linken SYRIZA. Auch in Spanien hat die neue linke *Protestpartei* PODEMOS bei den jüngsten Kommunalwahlen bedeutende Stimmenanteile gewonnen und sie wird wahrscheinlich bei der nächsten Parlamentswahl – wie auch in Griechenland – die etablierte Zweipartei-Herrschaft beenden.

**Die neoliberale Politik, die Kern der politischen Konzepte in der EU ist, hat insgesamt bewirkt, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht. >Ungleichheit behindert Wachstum, schränkt die Chancengleichheit ein und korrumpiert Justiz und Politik.<** Das liest man bei Joseph Stiglitz, dem Yale Professor, ehemaligen Chefvolkswirt der Weltbank und Nobelpreisträger in seinem 2012 erschienen Buch >Preis der Ungleichheit<. Dass sich Reichtum in immer weniger Händen konzentriert, die Politik immer mehr in die Abhängigkeit dieses Geldadels gerät, ist inzwischen bis hin zu Papst Franziskus dem II. unbestritten. Aber immer noch ist der Wille und die Bereitschaft der Konservativen Mehrheit in der EU, daran etwas zu ändern, kaum erkennbar – auch nicht in der CDU/CSU. Selbst in einer solchen Frage wie der Steuerflucht ist der Staat schwach. Immer noch verlagern die großen DAX Konzerne und andere Großverdiener mit ganz legalen, von Fachleuten ihrer Steuerberatungsgesellschaften gestrickten >Steuervermeidungskonzepten<, ihre hier verdienten Gewinne in Steuerparadiese. Darüber wird in den Medien ganz unge-  
niert berichtet.

Und andererseits haben in der BRD seit 2000 die arbeitenden Bürger erstmals 2014 wieder einen Reallohnzuwachs erreichen können. Die Außenwirtschaftserfolge wurden in nicht geringen Maße durch >Lohnzurückhaltung< in fast allen Branchen erreicht (DIW Berichte).

*Die BRD ist das größte und reichste Land der EU mit dem weltweit größten Exportüberschuss von 285 Mrd. \$ (China 150 Mrd. \$). Der größte Teil davon wird in der Europäischen Union erwirtschaftet. Das heißt, die BRD gewinnt zu Lasten der anderen Mitgliedsländer. Beim Start in den Euro war die BRD schon in guter Exportposition. Die Einheitswährung wirkte weiter zu Gunsten der BRD, da sie allen anderen Euro-Ländern die Möglichkeit nahm, durch Wechselkursänderungen ihren Export zu stimulieren.*

In allen Ländern der Europäischen Union – auch in der BRD – hat infolge der **neoliberalen Deregulierungsakte in der Steu-**

**ergesetzgebung, der Arbeits- und Sozialstandards**, in den letzten 20 Jahren ein ständiger Prozess des Auseinanderdriftens von arm und reich stattgefunden. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung besagt, dass **in keinem Land der EU die Vermögen der Bürger so ungleich sind wie in Deutschland**. Mit dieser Entwicklung ist das Vertrauen in die Politik zunehmend geschwunden. *Deutlicher Indikator dafür ist, dass etwa nur noch die Hälfte der Wähler zur Urne gehen. Das seit Jahren etablierte Parteienspektrum wird durch immer neue lokale Wahlbündnisse und Parteigründungen allmählich zerbröseln*. Die täglichen Sensationsmeldungen der Medien zu neuen Unsicherheiten für die EU – wie das Referendum in Großbritannien über den Verbleib in der EU, oder die Folgen des TTIP – wecken immer neue Zweifel an der Zuverlässigkeit der Politik in Berlin und Brüssel.

*Warum sind denn der Staatshaushalt und die gesamte Staatlichkeit Griechenlands so in Unordnung?*

Die Medien suggerieren immer wieder mehr oder weniger: „Die Griechen“ also das Volk der Griechen hätte diesen Schuldenberg durch schlechte Sitten als Steuersünder, Frührentner usw. angehäuft. Die Berliner Zeitung überschrieb einen Beitrag am 28.02.2015 >in dem ein Mitglied der Taskforce der EU< seine Erfahrungen schildern darf, mit >Die Griechen sind trotz Krise weiterhin leidenschaftliche Spieler<. Solcher Spott über >die Griechen< ist en vogue!

*In Griechenland sind die Wunden des letzten Krieges noch immer nicht geheilt. Die Opfer der Zerstörung ganzer Dörfer durch die SS und Wehrmacht klagen vergeblich um Wiedergutmachung. Arrogantes Gehabe ist also fehl am Platze.*

Die **Ursachen der Verschuldung Griechenlands** sind das Resultat der Entwicklung seit dem Ende der Militärdiktatur 1974. Seit dem regieren im Wechsel zwei Parteien die PASOK (sozialdemokratisch) und die Nea Demokratia (christdemokratisch). Diese Parteien hatten – wie es Tradition war – eine ausgeprägte

Klientelpolitik betrieben. Als 1999 die vertragliche Aufnahme in die Eurozone anstand, hatte Griechenland mehrere Jahre mit erheblichen Haushaltsdefiziten und entsprechenden Schulden hinter sich. Auch der Außenhandel war im Defizit. Die entscheidenden Größen – also das Haushaltsdefizit der Jahre 1997/99 im Verhältnis zum BIP- wurden mit Hilfe von Banken so manipuliert, das es unter dem Limit „3% zum BIP“ lag.

Das soll damals auch dem Bundeskanzleramt (s. Internet) bekannt gewesen sein. Gleich wie, Griechenland kam also 1999 mit einem erheblich defizitären Staatshaushalt, einer lahmen Steuererhebung, einer kostspieligen Armee und nicht stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen in den Kreis der Euro-Länder. Eingeführt wurde der Euro in Griechenland 2002.

In dem ersten Dezennium bis zur völligen Überschuldung des Landes 2010 lebte Griechenland weiter über seine Verhältnisse. Der konservative Ministerpräsident Kostas Karamanlis hat während seiner Regierungszeit 2004-2009 die Staatsschulden des Landes verdoppelt. Die konservative Elite Europas >Merkel, Sarkozy, Baroso usw. ließen ihn gewähren. Aufrüstung, Schattenwirtschaft, personalintensiver unfähiger Verwaltungsapparat, Steuerbetrug gingen weiter. Sogar griechische Großunternehmen zahlten kaum Steuern. Im Handel, Gaststätten usw. gab es weiterhin keine ordentliche Buchführung und der Staat hat das geduldet, es blieb so wie es war.

Als dann der Sozialist Georgius Papandreou im September 2009 die Regierung übernahm und der nahende Staatsbankrott immer offensichtlicher wurde, begannen die verbalen Presse-Attacken gegen die >Griechen<. Jedoch der Trott in Staat und Wirtschaft Griechenlands ging bis 2014 weiter. Die Reichen des Landes brachten ihre Vermögen ins Ausland (etwa 300 – 400 Mrd. Euro). Und was tat Berlin und Brüssel: Die deutsche Regierung, die Bundeskanzlerin Angela Merkel, kuschelte und kooperierte mit den Gleichgesinnten im Athener Regierungspalast, sie waren und blieben Brüder im Geiste und obendrein gute Kunden der deutschen Banken und der Rüstungskonzerne!

Insbesondere während der Karamanlis-Regierung sind die Militärausgaben von Jahr zu Jahr gestiegen und betragen 2009 8.8 Mrd. US \$. Wegen der immer noch währenden Spannungen mit der Türkei hat Griechenland seit langem einen großen Rüstungshaushalt und leistet sich im Verhältnis zur Einwohnerzahl „die größte Armee Europas“ von 133.000 Mann (Die Welt 16.04.2015). Griechenland besitzt z.B. 4 der modernsten von der deutschen HDW Werft gelieferte U-Boote. Die Armee hat 1612 Kampfpanzer (meist Leopard 1 und 2. Die Waffenlieferungen aus der BRD - U-Boote, Panzer - wurden mit Millionen Beträgen aus dem Bundeshaushalt „geschmiert“ (Internet).

Die Entwicklung Griechenlands - seit 2010 als die Staatsfinanzen kollabierten - ist in **entscheidenden Punkten der Stabilisierung und Sanierung nicht vorangekommen**. 2010 hatte das Land 329.5 Mrd. Euro Schulden 2014 waren es 318.3 Mrd. Euro = 173.5 % des Bruttoinlandsprodukts (EUROSTAT). In dieser Entwicklung wirken sich auch die hohen Zinsen aus, die ein Land am Kapitalmarkt zahlen muss, das von den Rating-Agenturen auf „Ramschniveau“ eingestuft ist. Attac hat ermittelt, dass die bis Mitte 2013 nach Griechenland geflossenen 207 Mrd. Euro Kredite zu etwa 77 % *direkt oder indirekt* in den „Finanzsektor“ geflossen sind. Das heißt, es wurden damit fällige Kredite und Zinsen bezahlt! Der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands oder den einfachen Leuten sind sie nicht zugutegekommen. (Fakten aus Internet)

**Die Wirtschaftsleistung Griechenlands ist bis 2014 um fast ein Fünftel gesunken.**

#### ***Bruttoinlandsprodukt***

2010 = 222.2 Mrd. Euro    2014 = 181.1 Mrd. Euro

BIP pro Kopf 19.600 € / 16.477 €

Das veranschaulicht den Abstieg Griechenlands während der >Beratung und Betreuung< durch die TROIKA und es wirft die Frage auf, was denn eigentlich diese große Europäische Union gegenüber diesem kleinen Mitgliedsland an stabilisierender Hilfe geleistet hat. Ging es um nichts weiter, als um die Schul-

dentilgung, also die Interessen der Banken und anderen Gläubiger? Wäre nicht in erster Linie ein *>Masterplan der wirtschaftlichen Stabilisierung<* nötig gewesen? Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die EU und ihre Institutionen handeln seit 2010 ähnlich wie eine Inkasso-Firma!

***Januar 2015 – ein Drittel der Griechen wählt die linke SYRIZA – sie wollen einen politischen Neuanfang***

Am 7. Dezember 2014 hatte die Regierung Samaras (Koalition aus Nea Demokratia und Pasok) im Parlament einen Gesetzentwurf zum Staatshaushalt und zur Wirtschaftsentwicklung vorgelegt, den die TROIKA als Grundlage weiterer Kredite ablehnte. Daraufhin versuchte die Regierungskoalition die Neuwahl eines Präsidenten im Parlament. Als das fehlschlug, wurden vorgezogene Parlamentswahlen beschlossen.

Der ständige Abwärtstrend der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Griechenlands seit 2010 hatte in großen Teilen der Bevölkerung den Willen gefördert, das seit langem etablierte konservative Parteienduo PASOK und Nea Demokratia nunmehr von der Regierung auszuschließen. Mit den Wahlen am 25. Januar 2015 ist *>Das Bündnis der Radikalen Linken<* SYRIZA (36,3 %) die stärkste politische Kraft Griechenlands geworden. Die konservative Nea Demokratia erreichte immerhin 27,8 %. Die anderen linken oppositionellen Kräfte, wie die Kommunistische Partei Griechenlands mit 5,5 % Stimmenanteil, schlossen sich der SYRIZA nicht an.

Als neuer Ministerpräsident wurde Alexis Tsipras am 26.01.2015 vom Staatspräsidenten vereidigt und später vom Parlament bestätigt. Der 40 jährige linke Politiker Alexis Tsipras hat an der Technischen Universität Athen ein Bauingenieurstudium absolviert und danach ein Aufbaustudium für Stadt- und Raumplanung. Mit 16 Jahren hat er sein politisches Engagement in der kommunistischen Jugend begonnen. Seitdem hat er im Vorstand des Studentenverbandes, im Linksbündnis Synospismos (Koalition der Linken Bewegungen), als Stadtverordneter in Athen, seit 2009 im griechischen Parlament als Ab-



geordneter von Synospismos und Fraktionsvorsitzender, politische Erfahrungen erworben. Alexis Tsipras genießt in Griechenland als linker Politiker hohes Ansehen. Bei den Europawahlen 2014 war Tsipras *Spitzenkandidat der Europäischen Linken im Europaparlament und als ihr Kandidat für den Kommissionspräsidenten* nominiert.

Für die Regierungsbildung brauchte Syriza einen Koalitionspartner, denn zur absoluten Mehrheit im Parlament von 151 Sitzen fehlten ihr zwei Sitze.

Die Wahl fiel auf die ANEL >Unabhängige Griechen< unter Führung von Panos Kammenos. Dieser Koalitionspartner gilt in den Medien als >rechtspopulistisch<, was hierzulande sofort dafür genutzt wurde, um SYRIZA auch in die populistische Ecke zu stellen.

### *Schauen wir mal genauer hin, was ANEL antreibt!*

Panos Kammenos war 2012 als Abgeordneter von der NEA Demokratia ausgeschlossen worden, weil er gegen den >Sparwahn der TROIKA< opponierte. Er hatte gesagt, es gäbe in der EU wahrscheinlich eine Verschwörung gegen Griechenland. Nach Verlassen der konservativen NEA Demokratia 2012 gründete Kammenos eine neue Partei >Unabhängige Griechen<. Er wählte dafür >symbolträchtig< das Dorf Distomo aus, wo 1944 das Massaker der SS stattgefunden hatte. Begleitet war das lt. Presseberichten von „antideutschen Reden“. Und das alles hat ihm und seiner Partei das Attribut >rechtspopulistisch< eingetragen. Im Europaparlament gehört die ANEL neben der AFD (!) zur Fraktion >Europäische Konservative und Reformisten<, die von den britischen Konservativen mit David Cammeron anführt wird. Also befindet sich die Anel doch in guter Gesellschaft!

### *Zu den Inhalten des SYRIZA Programms von Thessaloniki vom September 2014*

Die SYRIZA – die Koalition der Radikalen Linken – ist zur Wahl mit einem **10 Punkte Grundsatzprogramm** angetreten >**Der Ausstieg aus der Krise ist links**<. Das Programm stellt an die

Spitze das Ziel >Schmieden eines Schildes zum Schutz der Gesellschaft gegen die Krise<. Der nächste Punkt betrifft das >Abwerfen der Schuldenbelastung<. Da heißt es: „Die Schulden sind in erster Linie das Ergebnis der Klassenbeziehungen und ihrem ganzen Wesen nach unmenschlich. Sie wurden durch die Steuerhinterziehung der Reichen, die Plünderungen öffentlicher Fonds und die Anschaffung von Waffen und militärischer Ausrüstung im großen Stil angehäuft.“ Es folgen in den weiteren Punkten Vorschläge zu „Umverteilung von Einkommen, Besteuerung von Reichtum und Abschaffung unnötiger Ausgaben“, zum „Wiederaufbau von Produktion, Gesellschaft und Umwelt“, für „stabile Arbeitsverhältnisse mit ausreichend hohen Löhnen und Vollversicherungsschutz“, zur „Vertiefung der Demokratie“ und so weiter.

Liest man dieses Dokument, bekommt man eine Vorstellung von der Klugheit und Sachkunde mit der Syriza die extrem schlimme Lage der griechischen Gesellschaft und des Staates sowie der Menschenrechte analysiert und dagegen ein durchaus realistisches Programm der Veränderungen zum Besseren erarbeitet hat. Dass in den herrschenden konservativen Medien hierzulande einzelne Punkte zusammenhanglos zitiert und als populistisch abgestempelt werden, muss nicht wundern. Das Programm verspricht den Griechen nicht wie immer wieder behauptet wird – un reale oder unangemessene Wohltaten oder gar Geschenke, sondern will dem Land und seinen Bürgern die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben zurückgeben.

Weil das SYRIZA Programm diese klaren Akzente politischer und sozialer Veränderungen setzt, ist es für die neoliberalen Prediger ein Schock. Sie fürchten eine politische Alternative wie der Teufel das Weihwasser. Sofort hatte man im konservativen Lager der EU begriffen: Falls die Regierung Tsipras die griechische Gesellschaft mit diesem Programm und Weg verändern könnte, wäre das ein Beispiel für andere Länder in der Nachbarschaft, wie Italien und Spanien. Diese berechtigte politische Sorge hat seitdem die Haltung und die Attacken der etablierten

Parteien und der Medien – nicht nur in der BRD – geprägt. In der Schweiz, England, Spanien oder Italien und selbst in den USA sieht man die Regierung Tsipras ganz anders und begrüßte es, dass mit Yanis Varoufakis ein international anerkannter Wirtschaftsprofessor ins Athener Finanzministerium eingezogen ist. Bereits während der ersten „Griechenlandrettung“ 2010 hatte er eine unter keynesianisch geprägten Volkswirtschaftlern viel beachtete Alternative zu den damals vor allem zur Rettung des griechischen Bankensystems eingesetzten Milliardenkrediten ins Spiel gebracht. Während man in Deutschland auf das marode politische System Griechenlands eindrosch, legte Varoufakis mit dem US-Ökonom James K. Galbraith und Stuart Holland, einst Berater von EU-Kommissionspräsident Jaques Delors eine tief reichende Analyse der Ursachen vor.

*Ihr Fazit:* Der entscheidende Mangel für die Architektur der Eurozone ist das Fehlen, eines europäischen Recycling Mechanismus zwischen Defizit- und Überschussländern (früher oder später unvermeidbar!). Europas Schuldenproblematik ist zu fast 100 Prozent ein europäisches Binnenproblem.

Diese Analyse und ihr Lösungsansatz für Veränderungen hat inzwischen viel Interesse gefunden. Der Vorschlag ist als Buch auf dem Markt ein Bestseller. (FREITAG 5.03.2015)

Warum? Weil immer mehr Fachleute – auch Politiker der EU – begreifen, dass das >immer weiter so< in der >Schuldengemeinschaft Eurozone<, wo alte Schulden durch immer neue Kredite gedeckt werden, in ein *schwarzes Loch führt*.

### ***Die neue linke Regierung Griechenlands steht zu ihrem Programm***

Die ersten Monate der Regierungszeit von Alexis Tsipras und sein Bemühen das Land entsprechend ihrem Wahl-Programm zu verändern und zu stabilisieren, sind, auf einen kurzen Nenner gebracht, durch die Europäische Union in keiner Weise solidarisch oder rücksichtsvoll helfend begleitet worden. Man geht mit Griechenlands wie mit einem >faulen< Bankkunden um. Woche für Woche kommen immer wieder die gleichen

Vorwürfe und Schmähungen – Tsipras und seine Syriza haben „ keine wirksamen Reformpläne“ oder „sie schaffen keine effiziente Steuererhebung“ oder „sie verschwenden Geld bei Renten...“ usw. „EU-Kommission, Eurogruppe, und EZB wollen den Erfolg von Syriza verhindern. Sie setzen das griechische Finanzsystem gezielt unter Stress, damit Syriza nicht zum Regieren kommt und immer neue Löcher stopfen muss.“ (aus europa Rot, 13.05.2015)

*Im Gegensatz zu alledem sind zwei Fakten unwiderlegbar:*

*Erstens:* Die von der SYRIZA geführte Regierung hat sofort damit begonnen, notwendige Maßnahmen und Gesetze auf den Weg zu bringen. Besondere Bedeutung hatte dabei das Gesetz über den öffentlichen Sektor. Es zielt nicht nur auf den Abbau der Bürokratie, sondern sieht auch die Wiedereinstellung von aus dem öffentlichen Dienst entlassenen Lehrern, Schulwächtern, Kommunalpolizisten, Fernsehleuten und anderen notwendigen Kräfte vor. Um die angeschlagene Wirtschaft wieder zu beleben, sollen Unternehmen und Bürger ihre Steuerschulden in 100 Ratenzahlungen tilgen können. Und in der Tat begrüßt eine Mehrheit der Griechen die Gesetzentwürfe der neuen Regierung, weil sie zur Bewältigung der humanitären Krise, zur Bekämpfung der Korruption oder zur Wiederbelebung der Wirtschaft beitragen. Im Parlament wurden viele Gesetze von der Opposition erstaunlich milde aufgenommen. Wohl vor allem, weil sie nicht den Mut hatte, dagegen zu stimmen.

*Zweitens:* Die von SYRICA geführte Regierung hat von der vorherigen konservativen Regierung ein >Chaos< übernommen. Zwei Drittel der Bevölkerung sind verarmt, die griechische Mittelklasse aufgelöst, die traditionell als Rückgrat des Staates, der Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt galt. Die Wirtschaft ist um 25 % geschrumpft und die Arbeitslosigkeit beträgt etwa 28 % (Neues Deutschland vom 6.05.2015, S.2).

Da dies alles den Politikern der EU bekannt sein müsste, war die >Arbeitshypothese von SYRIZA<, dass Griechenland mit den *Partnern in Brüssel eine Lösung finden werde* , wo sich diese Po-

*litiker nicht als Gläubiger, sondern wirklich als Partner Griechenlands* verhalten und dass sie unter Achtung der Demokratie, die neue griechische Regierung ihre Politik entwickeln lassen werden (zit. bei Jorgis Kiritis, Neues Deutschland. 6.05.2015)

Aber das war eine Annahme, die nicht mit dem wirklichen Credo der Spitzen der EU konform ging. „Die Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und ihren Gläubigern ziehen sich hin ...so schreibt der renommierte Finanzjournalist Stephan Kaufmann, in der >Berliner Zeitung< am 18. Mai 2015...eine Pleite des Landes rückt näher. Zwar hat man sich in vielen Fragen bereits angenähert – so z.B. in Fragen des Haushaltsdefizits, bei Privatisierungen, Steuereintreibung oder der Mehrwertsteuer. An zwei Stellen scheint es noch zu haken: Renten und Arbeitsrecht. Dabei sind die Forderungen der Gläubiger gerade bei Letztgenannten ziemlich fragwürdig. Laut Medienberichten verlangt vor allem der Internationale Währungsfonds (IWF) von Athen weitere Einschnitte in die Rechte von Arbeitnehmern, um den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und die Lohnentwicklung in Griechenland zu bremsen. Zum einen geht es dabei um die Möglichkeit, Massenentlassungen zu ermöglichen; zum anderen um eine weitere Beschränkung des Einflusses der Gewerkschaften. Dabei tun sich allerdings einige Fragen auf. So gibt es in Griechenland – abgesehen von den Banken – kaum größere Betriebe, die überhaupt zu Massenentlassungen greifen könnten. Griechenland hat eine von Klein- und Kleinstunternehmen geprägte Wirtschaft. Zudem ist nicht zu sehen, wie die vom IWF geforderte Maßnahme die griechische Wirtschaft wieder auf Vordermann bringen sollte. Auffällig ist, dass auch die griechischen Arbeitgeber keine weitere Entmachtung der Gewerkschaften fordern. Aber warum auch? Das Tarifrecht in Griechenland ist in den vergangenen Jahren soweit ausgehöhlt worden, dass es nur noch auf dem Papier steht. Kaum ein griechischer Arbeitnehmer wird noch nach Branchentarif bezahlt. Im Allgemeinen gibt es nur noch den Mindestlohn als Untergrenze für die Gehälter – und auch der wird oft genug unterschritten, da bei einer Arbeitslosigkeit

von 28 Prozent jeder Job zu jedem Lohn angenommen wird (der Stundenlohn im Privatsektor der griechischen Wirtschaft betrug 2014 6.30 Euro)... Die sinkenden Löhne sollten die Produktion verbilligen und den Export ankurbeln – tatsächlich liegen die Ausfuhren heute noch unter dem Niveau von 2008.“

Kaufmann kommt zu folgendem Fazit: „Während die sinkenden Löhne die inländische Nachfrage und damit die Wirtschaftsleistung einbrechen ließen, sorgten die Exporte für keine Kompensation. Das zeigt, dass Griechenlands Wirtschaft nicht von übermäßigen Löhnen und überzogenen Arbeitnehmerrechten behindert wird, sondern durch andere Faktoren: geringer Exportanteil, Mangel an exportierbaren Gütern, zu geringe Investitionen in Forschung und Entwicklung, die geringe Größe der griechischen Unternehmen, das fragile Bankensystem und die ineffiziente Bürokratie.“ (Der Unsinn der Gläubiger, Berliner Zeitung, 18.05.2015, S.9)

*Wird Griechenland in eine Staatspleite gehen und wird es dann aus der Eurozone ausscheiden – wird der sog. GREXIT eintreten?*

Was die Reden über die „Staatspleite Griechenlands“ betrifft, so kann man darauf hinweisen, dass Griechenland seine Gläubiger bisher befriedigen konnte. Zuletzt überwies die Regierung fristgerecht die fälligen Zinsen an den Internationalen Währungsfonds (IWF). Griechenland bezieht auch keine Transferleistungen

oder eine Art Sozialhilfe aus Brüssel, also lebt das Land nicht auf Kosten der EU! (ZDF heute 5.6.2015 Internet). Die Zuspitzung der Lage in diesen Monaten Mai/Juni ergibt sich aus den bis 30.06.2015 fällig werden Tilgungen von etwa 7 Mrd. Euro, die wieder neue Kredite erfordern würden. Diese schwierige Lage wollte die Regierung TSIPRAS mit Vorschlägen zu Kompromissen mit den Gläubigern lösen, die aber abgewiesen worden sind.

Neben den abfälligen Reden über die Aktivitäten und Ergebnisse der SYPRAS-Regierung ist in den letzten Wochen zu erken-

nen, dass in Brüssels Führung die Einsicht reift: Man muss sich mit der Regierung TSYPRAS über einen Kompromiss verständigen und eine Konsolidierung der Lage des Landes unterstützen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat schon im April davor gewarnt, bei einem Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro würde die „angelsächsische Welt“ - Amerika und sein Pudel Britannien - versuchen, die Währungsunion zu zerstören (Hans-Ullrich Jörges im STERN 13.05.2015).

Auch aus anderen Quellen ist zu entnehmen, dass schon jetzt die als >finanzielle Massenvernichtungswaffen< gefürchteten CDS-Finanzwetten (CDS= Kreditausfallversicherung) auf den Staatsbankrott Griechenlands abgeschlossen werden (zit. aus Rainer Rupp „Athen am Notausgang“, Junge Welt 22.04.2015). Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz äußerte sich in einer Talkschau am 5.6.2015 optimistisch und verwies auf ein vom EU- Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker „heute“ bestätigtes Kompromissangebot an die Regierung TSIPRAS. Schulz sagte „die griechische Regierung müsse die ausgestreckte Hand jetzt annehmen und nicht weiter Grundsatzdiskussionen führen“. Wobei zu spüren war, dass Martin Schulz dabei wohl vor allem die Kritik von Tsipras an der fehlenden Solidarität und sozialen Verfasstheit der EU meinte. Martin Schulz wandte sich entschieden, auch gegen jene, die meinten, man müsse weiter auf Schuldentilgung und Reformen Griechenlands, ohne Wenn und Aber, bestehen, weil man das den anderen Schuldenländern der Eurozone wegen der Gleichbehandlung schuldig sei. Er stellte in seinem Diskussionsbeitrag auch klar, dass der Austritt aus der Eurozone auch das Ausscheiden aus der Europäischen Union zur Konsequenz habe. (ZDF – Talkschau Maybritt Illner am 5.6.2015 Internet). Die Lage hat sich seitdem nicht entspannt. Wieder werden Tsipras und seiner Regierung Vorwürfe gemacht, weil die Reformvorschläge „auf drei Seiten“ keine seriöse Antwort seien und Tsipras auch die fälligen Tilgungsraten nicht zahlen will – besser, mit Rücksicht auf die Lage nicht zahlen kann.

Die schärfsten Töne kommen von Frau Lagarde der Direktorin des IWF. Sie will >Taten sehen< lehnt einen >Zahlungsaufschub< ab und – wie sie schon am 28.05.2015 der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erklärte, „schließt sie einen Grexit nicht aus“. (Frankfurter Allgemeine, 28.05.2015). Damit folgt sie nicht dem >Wunsch< der US-Regierung, die aus Angst vor dem Grexit und seinem möglichen Dominoeffekt im Mai bereits weitere IWF Hilfen für Griechenland signalisiert hatte. (Die Welt, 22.05.2015, online)

Es ist und es bleibt spannend, wie die großen und sonst souverän scheinenden Politiker in Brüssel und Übersee mit dem kleinsten Land der Eurozone umgehen. Für Deutschland würde der Grexit den Ausfall von 50 Mrd. Euro bedeuten, die der Bundeshaushalt zu tragen hätte (zit. nach ZDF Talkshow). Aber außer dieser Zahl sind die anderen Folgen – wirtschaftliche und politische – unwägbar. Das treibt wohl auch die Bundeskanzlerin Merkel um, die sich seit Tagen selbst im Krisenmanagement engagiert und Finanzminister Schäuble allenfalls noch mit der Presse reden lässt (Wirtschaftswoche 10. 06.2015).

Was nicht ausgesprochen wird, das sind die geostrategischen Probleme und Gefahren, die dann entstehen, wenn das NATO-Mitglied Griechenland aus der Eurozone austreten würde und dies auch – wie Martin Schulz sagt - zum Verlassen der Europäischen Union führen sollte. Mit Argwohn wurden schon die Gespräche verfolgt, die Griechenlands Energieminister Panglotos Lafazanos mit dem Gasprrom - Chef Alexej Miller im April, über eine Verlängerung der Gaspipeline >Turkish Stream< auf griechisches Territorium, führte. Auch für andere Projekte stehen Russland und China bereit. Also man sieht: Es könnte noch sehr spannend werden. (aus Junge Welt 22.04.2015, S. 9)